



Regier Austausch:
Ost-Ausschuss-Vorstand Haußmann
mit Wirtschaftsministerin Saková (li.) und
Botschafterin Wolf. / Foto: C. Himmighoffen

Slowakei: Im Dialog mit der neuen Regierung

Eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Ost-Ausschuss-Vorstand Philipp Haußmann traf Ende November in Bratislava mit Vertreterinnen und Vertretern der neuen slowakischen Regierung zusammen. Gespräche gab es unter anderem mit Vize-Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Denisa Saková und Staatssekretär Vladimír Šimoňák. Für die neue Regierung ist die Förderung des Wirtschaftswachstums ein prioritäres Ziel. Dabei setzt sie weiter auf die Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere auch deutschen Investoren.



Seit November hat die Slowakei eine neue Regierung, an deren Spitze mit Robert Fico aber ein alter Bekannter steht. Fico, der mit seiner Partei SMER die Drei-Parteien-Koalition in Bratislava anführt, war schon einmal Ministerpräsident und ist 2018 nach dem Skandal um die Ermordung eines regierungskritischen Journalisten zurückgetreten. Nicht wenige ausländische Beobachter sehen die jüngsten politischen Entwicklungen wie den Boykott kritischer Medien in der Slowakei skeptisch. In der Wirtschaftspolitik werden ebenfalls Änderungen erwartet. Die Regierung hat bereits angekündigt, die Preise für Energie und andere Waren oder Dienstleistungen zu regulieren, die Zinsen für Baukredite zu senken und Immobilien stärker zu besteuern. Anfang Dezember beschloss die Regierung zudem eine Sondersteuer für den von ausländischen Investoren dominierten Bankensektor.

Es geht um viel

Vor diesem Hintergrund besuchte eine 20-köpfige Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Ost-Ausschuss-Vorstand Philipp Haußmann die slowakische Hauptstadt, um erste Kontakte zur neuen Regierung zu knüpfen und die Perspektiven der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Regierungswechsel zu diskutieren. Es geht für beide Seiten um viel: Für Deutschland ist die Slowakei mit einem Volumen von über 32 Milliarden Euro (Januar bis Oktober 2023) immerhin der fünf-wichtigste Handelspartner in Mittel- und Osteuropa. Deutsche Unternehmen wie VW oder die Deutsche Telekom beschäftigen mehrere Tausend Menschen im Land und leisten einen nicht unwesentlichen Beitrag zum slowakischen Bruttoinlandsprodukt. Zuletzt haben deutsche Unternehmen vor allem in die wichtige Autoindustrie, aber auch in Produktionsanlagen für Wärmepumpen investiert.

In einem offenen Austausch mit der neuen Vize-Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Denisa Saková und ihrem Staatssekretär Vladimír Šimoňák, an dem auch die deutsche Botschafterin Barbara Wolf und Peter Kompalla, Geschäftsführer der AHK Slowakei, teilnahmen, standen insbesondere der Energiesektor, der Fachkräftemangel sowie die unternehmerischen Rahmenbedingungen im Mittelpunkt. Deutlich wurde, dass die neue Regierung weiter auf die Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere auch deutschen Investoren, setzt. Staatssekretär Šimoňák betonte die wesentliche Rolle Deutschlands als Partner für Investitionen und Technologietransfer. Die neue slowakische Regierung betrachte deutsche Investitionen als essenziell für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Haußmann: „Es ist gut, dass wir die Gesprächskanäle so früh öffnen“

Haußmann betonte die Bedeutung verlässlicher Rahmenbedingungen für Investitionen. „Es ist gut, dass wir die Gesprächskanäle so früh öffnen“, sagte das Ost-Ausschuss-Vorstandsmitglied. AHK-Geschäftsführer Kompalla hob das gemeinsame Interesse an der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit hervor und sprach sich für die Vertiefung der Zusammenarbeit für eine Industrie 4.0 aus. Als gemeinsame Herausforderungen wurden die Themen Fachkräftemangel, Energiepreise und der europäische Green Deal identifiziert. Die Unternehmensvertreterinnen und -vertreter nutzten die Gelegenheit, ihre Projekte und Pläne im Land vorzustellen.

Im Bereich Energie strebt die Regierung vorhersehbare Preise an und setzt bei der Stromversorgung auf eine Kombination aus Kernkraft und erneuerbaren Energien. Die Energiestrategie, die derzeit erarbeitet wird, soll bis Mitte 2024 fertiggestellt sein, und von der Modernisierung der Stromnetze begleitet werden. Auch in der Slowakei ist der Arbeitskräftemangel ein drängendes Problem. Die Regierungsvertreter kündigten schnelle Maßnahmen an, um diesem entgegenzuwirken, einschließlich der Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse. Hier haben deutsche Unternehmen in Kooperation mit der AHK Slowakei bereits seit längerem eigene Initiativen zur dualen Berufsausbildung gestartet, etwa im Rahmen der Dualen Akademie.

Hohes Haushaltsdefizit

Das leidige Thema Steuern stand anschließend im Mittelpunkt eines Treffens der deutschen Delegation mit einem Vertreter des Finanzministeriums. Wegen des hohen Haushaltsdefizits von deutlich über fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts will die Slowakei Steuern auf Immobilienerwerb und -vermögen (Zweitwohnungssteuer) anheben und Public-Private-Partnership-Modelle fördern, um die staatlichen Finanzen zu entlasten. Anfang Dezember brachte die Regierung den Entwurf für die Einführung einer Sondersteuer für Banken in Höhe von 30 Prozent ins Parlament ein, um „Übergewinne“ der – überwiegend ausländischen – Finanzinstitute abzuschöpfen. Mit Sondersteuern triebt auch Ungarn ausländische Investoren.

Am ersten Tag des Besuchs hatten die deutsche Botschafterin und AHK-Geschäftsführer Kompalla die deutsche Delegation auf die Treffen mit den Regierungsvertretern eingestimmt und über die aktuellen Entwicklungen in der Slowakei informiert. Am Abend hatten die angereisten Delegationsmitglieder die Gelegenheit, sich bei einem Empfang in der Residenz der deutschen Botschaft mit lokalen Vertreterinnen und Vertretern deutscher Unternehmen auszutauschen. Die Wirtschaftsreise nach Bratislava bot somit nicht nur viele Möglichkeiten zum Austausch, sondern hinterließ auch den Eindruck, dass der neuen Regierung in Bratislava an einer Fortsetzung und einem Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gelegen ist. Die nächsten Monate werden dies beweisen müssen.

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation



Wirtschaftsministerin Saková und Staatssekretär Šimoňák (re.) erläuterten die Pläne der neuen Regierung. / Foto: C. Himmighoffen



Rund 200 Gäste nahmen am Deutsch-Turkmenischen Business Forum im Berliner Humboldt Carré teil. / Foto: A. Metz

Turkmenistan in Bewegung

Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Roadmap zum Ausbau bilateraler Kooperationen durch den stellvertretenden Premierminister Batyr Atdayev und Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms endete am 20. November das Deutsch-Turkmenische Business Forum in Berlin. Mit über 200 Gästen war es vermutlich das größte Wirtschaftsforum zu dem zentralasiatischen Land auf deutschem Boden. Die Veranstaltung, die der Ost-Ausschuss gemeinsam mit der Regierung Turkmenistans im Humboldt Carré organisierte, knüpfte direkt an den Zentralasiengipfel in Berlin von Ende September an, zu dem die Staatsoberhäupter aller fünf zentralasiatischen Staaten angereist waren.

„Stillstand bringt uns nicht voran.“ Mit diesen Worten brachte Matthias Lüttenberg, Beauftragter für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien beim Auswärtigen Amt, zum Auftakt der Veranstaltung den Willen der Bundesregierung auf den Punkt, die Beziehungen mit Turkmenistan auszubauen. In der Tat konnte an diesem Montag von Stillstand keine Rede sein, wie die Keynotes und Präsentationen verschiedener turkmenischer Regierungsvertreter sowie zwei Paneldiskussionen unterstrichen, die Ost-Ausschuss-Zentralasiendirektor Eduard Kinsbruner sowie Jens Böhlmann, Direktor Mittelstand im Ost-Ausschuss, moderierten.

Nachdem das mit 6,3 Millionen Einwohnern kleinste zentralasiatische Land viele Jahre international eher isoliert und in Deutschland kaum präsent war, fand mit dem Berliner Business Forum bereits die dritte hochrangige Konferenz des Jahres 2023 zu Turkmenistan statt. Nach Ansicht von Borislav Ivanov-Blankenburg,

führender Manager für Handelsfinanzierung bei der Deutschen Bank, gibt es derzeit kaum ein Land, das gemessen an seiner Wirtschaftskraft so viel Geld für Infrastrukturprojekte in die Hand nimmt. In Turkmenistan ist also etwas in Bewegung gekommen.

Projekte in Arkadag City

Das prominenteste Beispiel für den Modernisierungswillen der turkmenischen Regierung ist die neue Stadtgründung Arkadag. Die neue Siedlung an der Grenze zum Iran wurde 2019 begonnen. Inzwischen ist der erste Bauabschnitt abgeschlossen, der unter anderem 336 neue Gebäude für insgesamt 12.000 Menschen vorsah. 3,3 Milliarden US-Dollar wurden dafür bereits investiert. In einem zweiten Bauabschnitt sollen nun unter anderem 110 Verwaltungsgebäude und öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen, ein neuer Bahnhof und eine Busstation folgen. Außerdem wünschen sich die turkmenischen Offiziellen den Bau eines medizinischen Clusters, der unter anderem eine Produktion von medizinischen Einwegprodukten zur Selbstversorgung des Landes und den Export nach Asien und Europa umfassen soll. Gespräche mit einem deutschen Konsortium, das die in Heilbronn ansässige Edison Technologies GmbH koordiniert, laufen bereits. Die Deutsche Bahn wiederum zeigt sich interessiert, am Ausbau des Bahnnetzes des Landes mitzuwirken. Die finanziellen Ressourcen für die genannten Projektvorhaben seien vorhanden, wie Deryageldi Orazov, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für den Bau von Arkadag City, versicherte.

Grüne Technologien im Blick

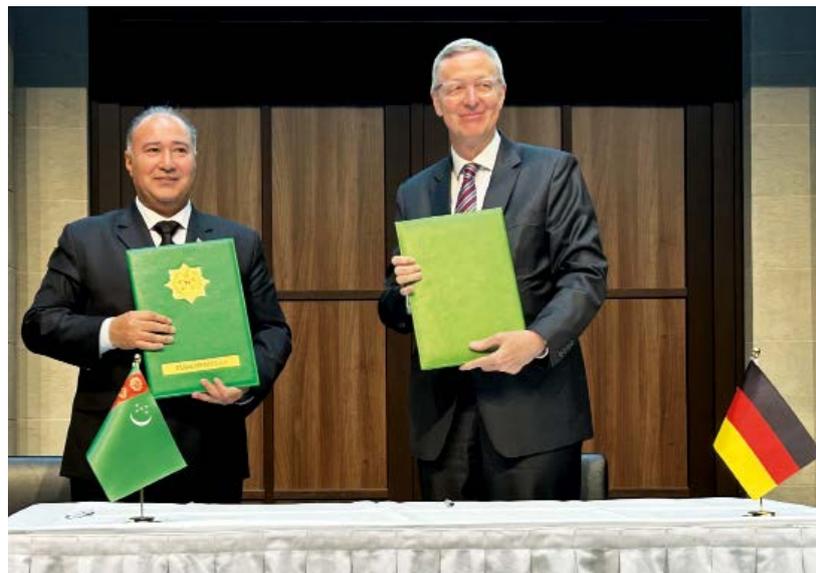
Zur Modernisierungsstrategie Turkmenistans, die der stellvertretende Premier Atdayev vorstellte, gehören aber auch der Ausbau der Hafenanlagen und des Fährverkehrs am Kaspischen Meer sowie des Luftverkehrs von Zentralasien Richtung Europa. Geplant ist zudem die Erschließung großer Rohstoffvorkommen, der Ausbau der Chemischen Industrie und der Elektroindustrie sowie der Ernährungswirtschaft. Besonders interessant für die deutsche Wirtschaft: Turkmenistan will bei seinen Projekten auch auf Nachhaltigkeit und grüne Technologien achten. Sein Land, so betonte Atdayev, sei bereits vom Klimawandel betroffen. Sichtbar werde dies etwa an einem zunehmenden Wassermangel. Entsprechend suche Turkmenistan auch Partner zur Modernisierung seiner Wasserverteilungssysteme. Ein Projekt in diesem Bereich ist die Rehabilitierung des Karakumkanals, an der bereits die PSE Engineering GmbH aus Quakenbrück beteiligt ist. Die Landmaschinenproduzenten Claas und John Deere wiederum, tragen mit ihrer Technologie bereits zu einem effizienten Einsatz von Wasser in der turkmenischen Landwirtschaft bei und sehen in Turkmenistan generell einen vielversprechenden Markt.

Matthias Lüttenberg, der als Repräsentant der Bundesregierung auch die Grüße der Bundesaußenministerin übermittelte, wies in seiner Rede darauf hin, dass zur Förderung von Investitionen weiter an den Rahmenbedingungen in Turkmenistan gearbeitet werden sollte. Unternehmen erwarteten ein transparentes und berechenbares Handeln und ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption. „Es liegen viele Chancen vor uns, aber wir müssen auch den Ausbau der Rechtssicherheit fördern.“ Zu diesem Punkt hatte Lüttenberg noch eine gute Nachricht. So stünde man in den bilateralen Gesprächen kurz vor einer Lösung zur Begleichung noch offener Forderungen aus früheren Jahren.

Mit Unterzeichnung der gemeinsamen Roadmap will der Ost-Ausschuss die sich abzeichnende neue Dynamik in den bilateralen Beziehungen absichern und Projektideen nachhalten. Von diesen gibt es viele, wie das Deutsch-Turkmenische Business Forum unter Beweis gestellt hat.

Andreas Metz,

Leiter Public Affairs im Ost-Ausschuss



Der stellvertretende Premier Atdayev (li.) und Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Harms nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Roadmap. / Foto: A. Metz

Präsident Milatovic (3.v.re.)
im Austausch mit deutschen Unter-
nehmen. / Foto: C. Himmighoffen



Zum 1. Januar 2024 begrüßen wir 29 neue Mitglieder im Ost-Ausschuss

- AHP International Group
- ASTRA HOLDING GmbH
- Benninghoven, a Wirtgen Group Company
- Bohlen Industrie GmbH
- Buss Group GmbH & Co. KG & Co.KG
- CHEMTRADE ESTONIA OÜ
- Control Risks GmbH
- EEW Energy from Waste GmbH
- ELEA Technology GmbH
- Eltec Green Energy GmbH
- Emons Spedition GmbH & Co. KG
- FTI Consulting Deutschland GmbH
- GRIMME Landmaschinenfabrik GmbH & Co. KG
- Higgins Cooperation Management GmbH
- Kloepfel Consulting GmbH
- KOCH Solutions GmbH
- Landwärme GmbH
- LASSELSBERGER GmbH
- Lernidee Erlebnisreisen GmbH
- MAN Trucks & Bus SE
- Mitsui & Co. Deutschland GmbH
- Ottobock SE & Co. KGaA
- OWESTRA GmbH
- PALFINGER AG EMEA GmbH
- PRIOS Systems & Services GmbH
- GROUP SCHUMACHER, SCHUMACHER GmbH
- Sendler&Company GmbH
- SZA Schilling, Zutt & Anschütz Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
- Walter Hunger GmbH & Co. KG Hydraulikzylinderwerk

Herzlich willkommen im großen Netzwerk
des Ost-Ausschusses!

Besuch aus Montenegro

Auf Einladung des Ost-Ausschusses trafen sich rund 20 Vertreter von Mitgliedsunternehmen und Partnern am 20. November in Berlin mit dem Präsidenten Montenegros Jakov Milatovic. Zentrale Themen des Austausches waren die Perspektiven der EU-Mitgliedschaft Montenegros, die geopolitischen Herausforderungen vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, Fragen der Energiesicherheit oder die Grüne Transformation. Eine große Herausforderung ist die Fachkräftesicherung, für die Montenegro auf möglichst gut bezahlte Arbeitsplätze setzt. Der Ost-Ausschuss setzt mit dem Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans Akzente und leistet einen Beitrag für die Fachkräftesicherung in der Region und für die Region. Der Ost-Ausschuss plant im ersten Quartal 2024 eine Delegationsreise nach Montenegro.

Ost-Ausschuss präsentierte sich auf der Rebuild Ukraine in Warschau

Großer Andrang zur Eröffnung der Messe Rebuild Ukraine auf dem Warschauer Expo-Gelände: Am 14. und 15. November präsentierten über 500 ausstellende Unternehmen Ihre Ideen für den Wiederaufbau der Ukraine. Mit über 60 Unternehmen, darunter viele Ost-Ausschuss-Mitglieder, stellte Deutschland die größte Gruppe. Zum Auftakt besuchte eine ukrainische Delegation mit Vize-Energieminister Yaroslav Demchenkov den von BMZ und BMWK-organisierten Gemeinschaftsstand, an dem sich auch der Ost-Ausschuss mit seinem Service Desk Ukraine präsentierte. Energie, Wiederaufbau und Weiterentwicklung der dazugehörigen Infrastruktur waren ein Schwerpunkt der Messe, auf der sich auch über 20 vom Krieg betroffene ukrainische Kommunen vorstellten und um Investoren warben.

39. Berliner Eurasischer Klub zum Thema Wissenschaftskooperation

Deutschland und Kasachstan können bereits eine Reihe von positiven Ergebnissen durch die Kooperation zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen aufweisen, dennoch ist noch Raum für den weiteren Ausbau. Um neue Kooperationsprojekte zu identifizieren, hatten die Botschaft der Republik Kasachstan und der Ost-Ausschuss am 14. Dezember zur 39. Sitzung des bilateralen Berliner Eurasischen Klubs mit dem Thema: „Von der Hochschulbildung und Forschung zum Geschäftsmodell – deutsch-kasachische Kooperation in der angewandten Wissenschaft“ geladen. Die Kommerzialisierung der neuen Technologien ist von der kasachischen Regierung als eine der strategischen nationalen Prioritäten festgelegt worden. Die Zusammenarbeit mit dem Wissens-, Innovations- und Businessstandort Deutschland ist dabei für Kasachstan von besonderer Bedeutung.